

Zündeln um Taiwan

Norbert Hagemann

Folgt man westlichen Medien und Politikberatern, gelte es im aktuellen Taiwan-Konflikt „Wort zu halten, Stärke zu demonstrieren und Glaubwürdigkeit zu bewahren“, als ginge es nur darum, formal an einer „Politik“ festzuhalten, ohne deren Richtigkeit zu prüfen. Die Rollen scheinen verteilt: Taiwan – friedfertig, aber bedrängt; die USA – beschützen, stabilisieren; China – bedroht, provoziert, agiert imperial und revisionistisch.

Öffentlich gefragt, ob er – im Falle eines chinesischen Angriffs – Taiwan militärisch verteidigen würde, antwortete US-Präsident Biden im Mai dieses Jahres: „Ja“. Wie bereits im August und Oktober 2021 rudernten Weißes Haus, Verteidigungsministerium und andere Offizielle umgehend zurück: An der US-Position zu Taiwan und zur „Ein-China-Politik“ habe sich nichts geändert.

Diese Position geht auf den radikalen Kurswechsel von US-Präsident Carter zurück, mit dem er die VR China diplomatisch anerkannte und dem langjährigen Verbündeten Taiwan die Anerkennung entzog. Seither galten zwischen China und den USA verbindlich verabredete Versprechen: Die USA unterstützen kein Streben Taiwans nach formeller Selbstständigkeit und unterhalten keine offiziellen Beziehungen zu Taiwan; der bestehende Militärpakt wurde gekündigt und auf formale Verteidigungszusagen an Taiwan verzichtet, militärische Unterstützung beschränkt sich auf Selbstverteidigung. Das langjährige Festhalten an diesen Verabredungen begünstigte eine rasante wirtschaftliche Verflechtung aller drei Seiten und die Suche nach weiterführenden politischen Kompromissen auf dem Weg zu einer zukünftigen friedlichen Wiedervereinigung.

Mit der Weltfinanzkrise Anfang des Jahrtausends veränderten sich die politischen Rahmenbedingungen und politische, wirtschaftliche und technologische Rivalitäten rückten in den Vordergrund. China will aus seiner Rolle als „Fabrik“ und „Dreckschleuder der Welt“ heraus und sucht nach technologischer Unabhängigkeit, eigenen Wertschöpfungsketten und der globalen Bereitstellung von Gemeingütern. Die USA setzen angesichts einer stagnierenden Wirtschaft auf zwischenstaatliche Konkurrenz sowie wirtschaftliche und technologische Eindämmung Chinas. Angesichts abnehmender eigener Wettbewerbsfähigkeit folgt Taiwan dieser Entwicklung und versucht, die wirtschaftliche Kooperation mit China zu reduzieren und die eigenen Handelsströme regional zu diversifizieren.

Dieser Wandel zeigt auch die politischen Schwachstellen der bisherigen Entwicklung. China beharrt formal auf Einhaltung der „Versprechen“, deklariert sie zu „roten Linien“, bleibt im Kern aber wenig präzise. Es betrachtet die Taiwan-Frage als eine innenpolitische. Die USA machen sie hingegen zu einer internationalen, werten sie durch Verknüpfung mit ihrer globalen Bündnispolitik künstlich auf und treiben eine „dynamische Auslegung“ der eigenen Zustimmung zur Ein-China-Politik voran. Dabei gehen sie kleinteilig, aber zielgerichtet vor und setzen auf eine sich entwickelnde neue „Normalität“. Aus Taiwan kommt hierfür uneingeschränkte Zustimmung. Unter Präsidentin Tsai Ing-wen, einer vehementen Gegnerin der Annäherung mit China, wurde die Politik ihrer Vorgänger, einvernehmlich nach Spielräumen gemeinsamer Entwicklung zu suchen, abrupt beendet und massiv in eine eigene kleine „Abschreckung“ gegenüber China investiert. „Ein Land, zwei Systeme“ gilt aktuell nicht als Zukunftsoption.

Als Newt Gingrich, damals Sprecher des Abgeordnetenhauses, 1997 einen „Zwischenstopp“ auf Taiwan einlegte, um ein politisches Bekenntnis zur Eindämmung Chinas und zur Verteidigung Taiwans abzulegen, machte die Provokation kaum Furore. US-Präsident Clinton war damit beschäftigt, die vorjährige Taiwan-Krise zu bearbeiten; man fand Wege, damit umzugehen. Bei dem diesjährigen „Zwischenstopp“ von Nancy Pelosi, der aktuellen Sprecherin, zeigte diese sich von harschen Protesten Chinas kaum beeindruckt. Es war ein klares Signal an den neuen Hauptgegner und Rivalen, man nimmt eine zunehmende Konfrontation mit China billigend in Kauf. Biden ließ nur erklären, die Reise sei mit ihm nicht abgestimmt, doch die dritthöchste Repräsentantin der USA habe das Recht zu entscheiden, wann sie wohin fliegt.

Wo die laufende Eskalation enden soll, bleibt offen. Was Deutschland betrifft, bleibt zu hoffen, dass die Politik dies erfasst und sich nicht daran beteiligt. Es gilt, Entwicklungen nüchtern zu analysieren und klar gegenzusteuern, wenn sie den nationalen Interessen widersprechen oder aus dem Ruder zu laufen drohen. Aus deutscher Sicht ist ersteres gegeben und das Risiko des zweiten latent. 🌐



Dr. Norbert Hagemann

geb. 1953, Politikwissenschaftler, von 2010 bis 2018 Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Europäischen Parlament, Senior Research Fellow am *WeltTrends*-Institut für Internationale Politik

norberthagemann@web.de